

Protokoll der Fachausschusssitzung vom 22.05.2018. Das Protokoll gilt somit als bestätigt.

zugestimmt

**Zu TOP 4 Förderung integrationsrelevanter und konfliktverhütender Maßnahmen im Landkreis Oder-Spree
Vorlage: 3.1/DIE LINKE/2018**

Frau Zarling, kommissarische Dezernentin des Dezernates für Bildung, Jugend, Gesundheit und Soziales, stellt den Vorschlag der Verwaltung anhand einer Powerpoint-Präsentation vor (Siehe Anlage 2 - TOP 4).

In der anschließenden Diskussion kristallisiert sich folgender Änderungsvorschlag heraus: Abweichend vom Vorschlag der Verwaltung und vom Antrag der Fraktion DIE LINKE sollen über ein Antragsverfahren im Rahmen einer Kreisrichtlinie mit einem Budget von 40.000,00 € Bedarfe an Sachkosten und investive Kosten, die ausschließlich im Zusammenhang mit der Betreuung bzw. Ausstattung der Tafeln im Landkreis Oder-Spree entstehen, bezuschusst werden. Hierbei soll der Verwaltung ein möglichst hoher Ermessensspielraum gewährt und ein Rechtsanspruch der Antragsteller auf den Zuschuss ausgeschlossen werden.

Diesem Änderungsvorschlag wird in der anschließenden Abstimmung einstimmig zugestimmt.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 5 Sachstandsbericht: Erweiterung der Seniorenheime GmbH des Landkreises um das Alten- und Pflegeheim in Eisenhüttenstadt
Vorlage: 9.1/SPD/2018**

Herr Papendieck übergibt die Leitung des Ausschusses an Frau Griesche und stellt den Antrag in seiner Funktion als Abgeordneter der SPD-Fraktion kurz vor: das Alten- und Pflegeheim in Eisenhüttenstadt soll in das Konsortium der Seniorenheime des Landkreises Oder-Spree gGmbH aufgenommen werden. Er erklärt, dass ein Betriebsübergang an die Seniorenheime des Landkreises Oder-Spree gGmbH den Vorteil habe, dass eine Anrechnung der Beschäftigungszeiten der Mitarbeiter erfolgen könne und das Recht der Anwohner auf einen Platz bestehen bliebe.

Herr Hilke erfragt, ob auch hochgradige Pflegefälle dort untergebracht seien. Dies wird bestätigt. Weiter möchte er wissen, wie sich das Heim in die Gesamtsituation im Landkreis einfüge und warum die Kreisverwaltung als Träger in Erscheinung treten solle angesichts der Vielzahl von Trägern auf dem Markt oder warum keine Übertragung des Gebäudes an die GmbH erfolge, um diese leistungsfähiger zu machen. **Herr Papendieck** erklärt hierzu, dass es aufgrund der Integration der ehemals kreisfreien Stadt in den Landkreis Oder-Spree wenig Sinn mache, den Betrieb bei der Stadt zu belassen. Die Seniorenheime des Landkreises Oder-Spree gGmbH habe gebündelte Kompetenzen, mit denen die Stadt Eisenhüttenstadt als 100%ige Mutter der Städtischen Alten- und Pflegeheim GmbH schwer aufwarten könne. Auch meint er, dass eine Übertragung des Gebäudes die GmbH finanziell belasten und dies zu einer Erhöhung der Kostensätze führen würde. Dies wolle die SPD-Fraktion verhindern.

Herr Hilke möchte wissen, warum kein Verkauf der GmbH erfolge, wodurch doch ein Erlös erwirtschaftet werden könne. Weiter erfragt er, warum der Antrag durch die SPD-Fraktion und nicht die GmbH selbst eingereicht wurde. So werde über nicht anwesende Dritte abgestimmt. Er möchte auch wissen, ob seitens der Stadt Kontakt aufgenommen worden sei. Hierzu erklärt **Herr Papendieck**, dass die SPD-Fraktion einen Verkauf hier kritisch sähe, da ein Kaufpreis immer auch erwirtschaftet werden müsse. Weiter erläutert er, dass die Fraktion für ihren Antrag hier aus sozialpolitischen Gründen Anlass gesehen habe, da es sich um ein Heim für jene handele, welche zwingend untergebracht werden müssten oder sich die Plätze aus eigenen Mitteln nur schwer leisten könnten.

Frau Freninez berichtet, dass die Betreibererlaubnis für das Gebäude ohnehin demnächst erlö-

schen werde. Auch weist sie auf die hohen Preise der privaten Träger hin. Diese seien nicht für alle leistbar, was ihr Sorgen bereite. Deshalb spricht sie sich ganz klar für einen kommunalen Träger aus.

Herr Selenz erfragt, warum der Landkreis unbedingt eine verschuldete GmbH übernehmen und sich nicht dem freien Wettbewerb stellen wolle, obwohl doch das Subsidiaritätsprinzip zu Gebote stehe.

Frau Wellmer, Amtsleiterin der Kämmerei und Kreiskasse, stellt klar, dass die Stadt Eisenhüttenstadt durchaus an den Landkreis herangetreten sei und der Kreis weder die GmbH noch das Gebäude, sondern ausschließlich die Aufgabe, die Bewohner und das Personal übernehmen würde. Die Abrechnung der Plätze werde dann wie bei der Seniorenheime des Landkreises Oder-Spree gGmbH über Kostensätze erfolgen. **Frau Zarling** ergänzt hierzu, dass die Leiterin der Seniorenheime des Landkreises Oder-Spree gGmbH, Frau Freund, mit der Erstellung eines Baubetriebs- und Finanzierungskonzeptes beauftragt worden sei und hierzu ein guter Fortschritt zu verzeichnen sei. Sie bekräftigt auch die Aussage von Frau Wellmer, dass eine Übernahme der GmbH aufgrund der Verschuldung in keinem Fall erfolgen werde.

Frau Heinrich spricht sich für einen Verbleib in der öffentlichen Hand aus, meint aber, dass genauere Informationen für eine Abstimmung wichtig wären. So müsse man unbedingt wissen, was genau auf den Kreis zukommen werde. Für Sie wäre hierbei wichtig, dass die beste Lösung für die Bewohner gefunden werde.

Frau Wagner meint, dass private Träger immer verdienen wollten und dies immer zu Lasten des Personals und der Bewohner ginge. Sie spricht sich für ein reguläres Insolvenzverfahren und eine anschließende Übergabe der Aufgabe an die Kreisverwaltung aus.

Herr Lindemann bekräftigt ebenfalls, dass keine Betriebs- und Gebäudeübernahme erfolgen werde. Er versteht die Altenpflege als Daseinsvorsorgeaufgabe, aus der sich die Kommunen nicht vollständig zurückziehen sollten. Er meint, Wettbewerb sei erst richtig echt, wenn er zwischen öffentlichen und privaten Trägern stattfände. So entstünden auch Referenzobjekte für eine Weiterverfolgung von Kostenstrukturen. Denn man dürfe nicht vergessen, dass wenn die Bewohner ihre Plätze nicht finanzieren könnten, ohnehin der Sozialhaushalt einspringen müsse.

Herr Hilke spricht sich dafür aus, dass ohne weiterführende Informationen zu beispielsweise der Höhe des Bedarfes, den weiteren in Frage kommenden Trägern, der Anzahl der Plätze, der in Frage kommenden alternativen Objekte sowie der zu erwartenden Kosten keine seriöse Entscheidung getroffen werden könne.

Frau Griesche fasst als Konsens der Diskussion zusammen, dass keine Abstimmung erfolgen könne, da als notwendig angesehene Informationen fehlen. Anschließend gibt sie die Leitung der Sitzung an Herrn Papendieck zurück.

ohne Abstimmung

Zu TOP 6 Sitzungsplan 2019 Vorlage: 037/2018

Herr Papendieck stellt den Sitzungsplan für 2019 zur Abstimmung; es liegen keine Einwände vor.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 7 Informationen zur Integration von Geflüchteten, aktueller Stand zur Unterbringung inklusive Ausschreibung der Betreuung der Gemeinschaftsunterkunft am Fuchsbau

Frau Kaiser, Leiterin des Amtes für Ausländerangelegenheiten und Integration, informiert anhand einer Powerpoint-Präsentation (siehe Anlage 2 – TOP 7) über den aktuellen Stand zur Unterbringung und der neuen Gemeinschaftsunterkunft „Fuchsbau“, zur Anpassung des Integrationskonzeptes, zu den BFS-G-Plus-Klassen und zum Thema Rückführung.

Zum Thema Unterbringung und neue Gemeinschaftsunterkunft ergeben sich einige Fragestellungen. **Frau Freninez** erfragt beispielsweise warum die Vergabe zur Betreuung der Gemeinschaftsunterkunft „Fuchsbau“ an einen neuen Träger erfolgte und ob dieser der einzige Bewerber gewesen sei. **Frau Kaiser** berichtet hierzu, dass die Vergabe im Rahmen eines EU-weiten Ausschreibungsverfahrens zu erfolgen hatte. 9 Bieter hätten sich an dem Verfahren beteiligt, davon konnten 7 zur Bewertung zugelassen werden. Entscheidend für die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebotes waren der Preis und die inhaltliche Konzeption der Leistung. Im Ergebnis hat sich das Angebot des Trägers European Homecare GmbH in Auswertung des Preis-Leistungs-Verhältnis in dem Verfahren durchgesetzt. **Herr Lindemann** ergänzt hierzu, dass die Kreisverwaltung gern an einen regionalen Träger vergeben hätte, aber ans Vergaberecht gebunden sei. **Herr Hilke** erfragt, ob ein reibungsloser Start abgesichert sei. **Frau Freninez** erweitert diese Frage um die Fragestellung, wie das Eingefüge erfolgen soll, angesichts dessen, dass doch die Stärkung der Netze vor Ort versprochen worden sei. **Frau Kaiser** erklärt hierzu, dass die Darlegung zum anvisierten Start Konzeptinhalt sei. Nun müsse der neue Träger seine Chance erhalten. **Herr Lindemann** ergänzt hierzu, dass das Vergabeverfahren von vornherein mit einem hohen Kritikpotenzial behaftet gewesen wäre und die Kreisverwaltung deshalb selbst einen sehr hohen Anspruch an die Vergabe gestellt habe. Nun sei der Landkreis gefordert, darauf zu achten, dass auch eine korrekte Umsetzung erfolge.

Frau Heinrich spricht den schlechten Ruf des Trägers bezüglich des Wachpersonals an. Hierzu erklärt **Frau Kaiser**, dass Nachunternehmen zu dem beauftragten Wachunternehmens ausgeschlossen worden seien. Ohnehin seien die Anforderungen an Wachpersonal in Gemeinschaftsunterkünften zwischenzeitig auch durch das Land Brandenburg verstärkt worden.

Herr Schröder erfragt, was mit den bisherigen Gemeinschaftsunterkünften in Fürstenwalde passiere. **Frau Kaiser** erklärt hierzu, dass die GU in der Langewahler Straße aus baulichen Gründen geschlossen werden müsse und der Betreibervertrag zum Ende des Jahres auslaufe. Eine mögliche Weiterverwendung des Objektes Langewahler Straße etwa mit der Sondernutzung Trainingswohnen ist in der Prüfung. Künftig sei aber auch bei Entscheidungen eine Neuverteilung der Unterzubringenden in Hinsicht auf eine Entlastung des Raumes Fürstenwalde einzubeziehen. Sie verweist noch einmal darauf, dass die Öffentliche Ausschreibung das Regularium für die Vergabe von Leistungen sei und nur aufgrund der Flüchtlingskrise in 2015 bei bestimmten Auftragsvergaben abgewichen werden konnte. Die Krisensituation sei beendet und die regulären Verfahren sind einzuhalten.

Herr Lindemann spricht sich strikt gegen rechtsextreme Umtriebe aus.

Herr Hilke meint, eine bessere Verteilung sei zu befürworten, denkt aber dass das Projekt zum Trainingswohnen an der bisherigen Verteilung nichts ändern könne. Auch gibt er zu bedenken, dass eine Sanierung des Objektes in der Langewahler Straße kostenintensiv sei und hätte hierzu gern eine Kostenprognose. **Frau Kaiser** erklärt hierzu, dass genau diese Prüfung derzeit erfolge.

Zum Thema Abschiebungen spricht **Herr Hilke** die von Innenminister Herr Schröder angedachte Überführung der Abschiebung in Landeshoheit an. Hierzu erläutert **Herr Lindemann**, dass von Seiten der Kreisverwaltung ein prinzipielles Einverständnis vorhanden sei, aber noch ein langer Weg zu bewältigen sei.

Herr Hilke erfragt, ob bei Verletzung der Mitwirkungspflicht auch von Sanktionen Gebrauch gemacht werde. Dies beantwortet **Frau Kaiser** mit „eindeutig ja“.

Weitere Fragen werden nicht gestellt.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 8 Information über Entwicklung des Sozialpsychiatrischen Dienstes

Frau Folgner, Sachgebietsleiterin des Sozialpsychiatrischen Dienstes beim Gesundheitsamt, erläutert die Entwicklung des Sozialpsychiatrischen Dienstes anhand einer Powerpoint-Präsentation (siehe Anlage 2 – TOP 8). Es werden keine weiterführenden Fragen gestellt. **Frau**

Folgner sichert zu, die Geschäftsordnung der PSAG zum Protokoll zu geben (siehe Anlage 3).

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 9 Sonstiges

Frau Freninez erfragt den aktuellen Stand zur Richtlinie für Ambulante Soziale Dienste, zum Büro der Beauftragten und zur Besetzung der Stelle des Jugendamtsleiters. **Frau Zarling** erklärt bzgl. der Richtlinie für die Ambulanten Sozialen Dienste, dass sie gemeinsam mit der Sozialplanung eine Task-Force aus Mitarbeitern aller beteiligten Bereiche gebildet habe. **Herr Lindemann** erklärt zum Thema Büro der Beauftragten, dass es hierzu in den nächsten Wochen eine interne Ausschreibung geben werde. Zum Thema Jugendamtsleiter erläutert er, dass er hierzu mit dem kommissarischen Leiter Herr Bertel ein Gespräch führen werde.

Herr Papendieck bedankt sich bei den Anwesenden und wünscht allen eine gute Heimfahrt.

zur Kenntnis genommen

Gez.

Mathias Papendieck

Vorsitzender des
Ausschusses für Soziales und
Gesundheit

Gez.

Magrit Budai

Schriftführer/in